

Reflexe

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **DrogenMagazin : Zeitschrift für Suchtfragen**

Band (Jahr): **20 (1994)**

Heft 6

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

REFLEXE

Die Gewalteskalation am Letten hat in den Schweizer Printmedien zu einer noch nie erreichten Präsenz von Artikeln geführt, die sich mit dem Drogenproblem auseinandersetzen. Während im Juli noch **464 Artikel mit Drogenthemen** erfasst wurden, waren es im **August 1009**. Dabei war nicht nur im Bereich Kriminalität ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen, sondern auch bei den politischen Vorstössen und Handlungen wie der kontrollierten Drogenabgabe, die im August das häufigste Einzelthema war. Echomedia 9/94 Bundesamt für Gesundheitswesen

REFLEXE

Hohe Wellen warf die Drogendiskussion auch in der **Herbstsession des Nationalrates**, wobei vornehmlich die hinlänglich bekannten Positionen ausgetauscht wurden. Konkreter wurde **Nationalrat und Pfarrer Hans Sieber**, der in einer vielbeachteten Rede ein Engagement des Bundes bei der Schaffung von Selbsthilfedörfern für ausstiegswillige Drogenabhängige forderte. Die Dörfer, in denen rund 60 Drogenabhängige unter der Anleitung von Fachleuten zusammen leben und arbeiten sollen, sind nach dem Beispiel des (kleineren) Urdorfer «Ur-Dörfli» konzipiert und sollen mit der Zeit finanziell selbsttragend sein.

Trotz der fachlichen Bedenken von Innenministerin Ruth Dreifuss, die dafür plädierte, Siebers Anliegen zum unverbindlichen Postulat zu erklären, folgte der Rat der auf Tatkraft ausgerichteten Argumentation Siebers und überwies mit 118:9 Stimmen eine Motion (verbindlicher Auftrag), welche die finanzielle Unterstützung des Projektes durch den Bund ermöglicht.

Diverse Tageszeitungen

REFLEXE

Trotz der zögerlichen Haltung von Ruth Dreifuss gegenüber dem Anliegen von Pfarrer Sieber, beweist auch der **Bundesrat**, dass er die Entwicklung der Zürcher Drogenszene nicht einfach hinnehmen will. An ihrer Sitzung vom 3. Oktober beschloss die Landesregierung, sich vorderhand auf drei Ebenen in verstärk-

tem Mass zu engagieren: Zum einen schickt der Bund **25 Festungswächter** nach Zürich, die das Gefängnisprovisorium beim **Waidspital** zu bewachen haben, zum andern kündigte er an, bis 1998 jährlich fünf bis sieben Projekte im Bereich der **stationären Drogentherapie** mit Starhilfen von je rund 100 000 Franken zu **unterstützen**. Dabei gelte es vor allem im Angebot für Frauen, Jugendliche und psychisch kranke Drogenabhängige Lücken zu schliessen.

Am meisten Aufsehen erregte der Entscheid des Bundesrates, im Rahmen der laufenden Versuche mit der Drogenabgabe die **Zahl der Heroinplätze** auf bis zu 1000 zu **erhöhen**. Wegen der zahlreichen Nebenwirkungen will der Bund entgegen seiner früheren Absicht nicht mehr in grösserem Stil Morphin abgeben lassen. Die bestehenden Plätze werden grösstenteils in Heroinplätze umgewandelt. Für die Erweiterung der Heroinabgabe ist noch die Zustimmung der Drogenkontrollbehörde der UNO nötig.

TA, 4.10.94

REFLEXE

Die **Zürcher Regierung** zeigte sich erfreut über die Erweiterung der Heroinabgabe und insbesondere darüber, dass dem Kanton Zürich 150 zusätzliche Heroinplätze und die Umwandlung von 50 Morphinplätzen gewährt wurden. Laut Gesundheitsdirektor Buschor plant der Kanton **drei dezentrale Abgabestellen** ausserhalb der Stadt und führt diesbezügliche Gespräche mit kooperationswilligen Gemeinden.

Ansonsten zeigte man sich im Kanton Zürich nicht nur zufrieden mit den Entscheidungen in Bern. In erster Linie wurde bemängelt, dass der Bund keine finanzielle Unterstützung bei der Einrichtung von **niederschweligen Hilfsangeboten** gewähre und es so verpasse, den Wohnsitzgemeinden bei der Betreuung der Drogenabhängigen unter die Arme zu greifen. TA, 4.10.94

REFLEXE

Einen weiteren Vorschlag zur Verkleinerung der Drogenszene am Letten machte die Droleg, deren Initiative für eine vernünftige Drogenpolitik ja unterdessen eingereicht worden ist. Nach Ansicht

von **Beat Kraushaar**, nicht mehr genehmer stellvertretender Drogendelegierter der Stadt Zürich, seien ca. 35 bis 40% aller Drogenkonsumierenden am Letten in einem Methadonprogramm und suchten die offene Drogenszene nur auf, um Kokain zu kaufen, welches ihnen den erwünschten Flash garantiere. Die Zürcher Regierung könnte **Kokain** – im Gegensatz zu Heroin – ohne Bewilligung des Bundes z.B. in Zigarettenform **abgeben**. Kraushaar schätzt, dass sich die Szene auf dem Letten durch eine solche Massnahme um rund ein Drittel verkleinern liesse. DAZ, 22.9.94

REFLEXE

Nicht nur in Zürich wird Drogenpolitik gemacht: In **Schaffhausen** sprachen sich die Stimmberechtigten knapp für einen zweijährigen Versuchsbetrieb eines **Tagesraumes samt Injektionsraum** aus, indem sie einen Kredit von jährlich 373'000 Franken bewilligten.

Obwohl selbst die kantonale SVP die Vorlage unterstützte, verlief der Abstimmungskampf ausserordentlich kontrovers. Hauptverantwortlich dafür war die FDP, welche den Platz der SVP als drogenpolitische Neinsagerin einnahm und damit die BefürworterInnen in ihren Reihen verärgerte. Der innerparteiliche Konflikt gipfelte in einem Streit zwischen Parteipräsidentin Annegreth Sulzer, die zusammen mit ihrem Ehemann das Gegenkomitee anführte, und dem Parteimitglied Jakob Deppe, seines Zeichens Co-Präsident des Pro-Komitees. Deppe warf den Sulzers in Radio DRS vor, mit ihrem Inserat das Pro-Inserat kopiert zu haben und drohte mit rechtlichen Schritten, worauf das Gegenkomitee seine Inserate etwas anders gestaltete. BaZ, 23.9.94; TA, 26.9.94

REFLEXE

Im Gegensatz zu Schaffhausen hat die Stadt **Bern** die Projektphase für ihre beiden Fixerräume bereits hinter sich. Der Grosse Rat des Kantons Bern bewilligte für die beiden Anlaufstellen für DrogenkonsumentInnen unbefristete Kantonsbeiträge in der Höhe von 1,4 Millionen Franken. Die **Stiftung Contact**, welche für die beiden Fixerräume verantwortlich ist, sieht vor, dass die

Anlaufstelle Nägeligasse wie bisher weitergeführt wird, während diejenige an der Murtenstrasse für MethadonbezogenerInnen reserviert bleibt. WoZ, 16.9.94

REFLEXE

Neue Wege geht ein anderer bereits arrivierter Fixerraum: dasjenige der **baselstädtischen Gassenzimmer**, welches durch eine private Organisation im Auftrag des Kantons Baselland betrieben wird. Mit einem ambitionierten **Projektpaket** will das Team den täglich bis zu 160 BesucherInnen mehr bieten als optimale hygienische Bedingungen zum Spritzen und einen Imbiss. In einem «Erste-Hilfe-Kurs» sollen die Süchtigen lernen, wie man sich bei Abszessen oder Venenentzündungen verhält oder wie man eine Beatmung durchführt. Weiter sind ein Lesezirkel, eine Frauengruppe und ein Sportprojekt geplant.

Eine vielversprechenden Anfang machte das Gassenzimmer an der Heuwaage mit einer **Maltherapie**, die erfreulich stark frequentiert wird und nach den Angaben des Gassenzimmer-Leiters, Maurizio Repucci, bewirkt hat, dass die Atmosphäre «viel besser und ruhiger geworden» ist.

BaZ, 15.10.94

REFLEXE

Ebenfalls in **Basel** wurde diesen Sommer ein Überlebenshilfeprojekt gestartet, welches eine Lücke schliessen soll, die auch in andern Städten unübersehbar ist: die Betreuung von Drogenprostituierten. Die **«Frauen-Oase»** steht vorerst an vier Abenden pro Woche während fünf Stunden offen, wobei immer zwei Betreuerinnen anwesend sind. Den Prostituierten werden neben Duschaum und Waschmaschine auch Getränke und kleine Mahlzeiten zum Selbstkostenpreis zur Verfügung gestellt. Neben allgemeiner Beratung durch die Betreuerinnen bietet die Frauen-Oase Kriseninterventionen, Begleitungen zu Institutionen, rechtliche und gynäkologische Aufklärung sowie eine Grundschulung in Selbstverteidigung an.

Eine wichtige Rolle messen die Betreiberinnen, der Verein **«Frau-Sucht-Gesundheit»**, dem Informationsaustausch zu. Der Treffpunkt ermöglicht den Frauen einerseits Informationen (z.B.

über gewalttätige Freier) direkt auszutauschen; andererseits stellt der «Verein für Gassenarbeit Schwarzer Peter» für die Gassenzeitung «Mascara» einen zweiseitigen Regionalteil Basel zusammen. Das «Magazin für die Frau auf der Gasse» erscheint gesamtschweizerisch und wird durch eine Gruppe von Gassenarbeiterinnen des Vereins Schweizerischer Drogenfachleute herausgegeben. BaZ, 7.9.94

REFLEXE

Ein weiteres, ebenfalls dringend notwendiges Projekt sieht sich mit Schwierigkeiten konfrontiert und kann frühestens Ende Jahr realisiert werden: eine **Anlaufstelle für Westschweizer Drogenabhängige am Letten**. Das unter jurassischer Führung erarbeitete Konzept wurde den Gesundheitsdirektionen in der Westschweiz, in Bern und im Tessin zusammen mit einem Jahresbudget von 400'000 Franken vorgelegt und stiess bei den AdressatInnen zwar nicht auf Ablehnung, doch auch nicht überall auf klare Zustimmung.

Nach den Angaben des Initiators, des jurassischen Kantonsarztes Jean-Luc Baierlé, werde in der Westschweiz die Effizienz und die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung bezweifelt; zudem erschwerten die leeren Staatskassen die Realisierung der jurassischen Idee, obschon der Bund knapp die Hälfte der Kosten übernehmen würde. TA, 2.9.94

REFLEXE

Ein weiteres – im wahrsten Sinne des Wortes schwerwiegendes – Projekt konnte am Letten hingegen verwirklicht werden. Der Flawiler **Bildhauer Marco Pegoraro** montierte anfangs Oktober auf dem Areal des Bahnhofes eine zwei Tonnen schwere Skulptur, den «**Lettenstein**». «Dieser Stein soll die Gedanken aller Menschen ins Rollen bringen», wünscht der Künstler. «Er soll Gedenkstein und Stein des Anstosses zugleich sein.»

Mindestens der zweite Wunsch wurde Pegoraro prompt erfüllt, denn wenige Tage nach der Einweihung des Lettensteines machte die SBB darauf aufmerksam, dass das Geleise, auf welchem die Skulptur montiert ist, ab und zu noch für Transportdienste benö-

tigt werde. Die SBB ersuchten den Künstler seinen Gedenkstein etwas zu verrücken. Bei zwei Tonnen Gewicht ist das wahrlich keine leichte Aufgabe. TA, 6. und 10.10.94

REFLEXE

In **Lausanne** setzte sich das **Bundesgericht** wieder einmal mit der **Gefährlichkeit von Cannabis** auseinander. Die BundesrichterrInnen hatten den Fall eines Mannes zu beurteilen, der durch die Berner Justiz wegen gewerbmässigen Handels mit mindestens 30 Kilogramm Haschisch zu 14 Monaten Gefängnis unbedingt verurteilt worden war. Der Verurteilte brachte vergeblich vor, dass Cannabis der Gesundheit nicht schade und dass deshalb die Gerichte das Betäubungsmittelgesetz im Einzelfall nicht anwenden dürften.

Das Bundesgericht stützte das Berner Urteil und nützte die Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, dass es nie von der Unschädlichkeit von Haschisch oder Marihuana ausgegangen sei. Insbesondere Jugendliche mit grösseren Schwierigkeiten könnten durch den Genuss von Cannabis in der Festigung ihrer Persönlichkeit gehemmt werden.

In der Urteilsbegründung bleiben die Lausanner RichterInnen jedoch dabei, dass Bundesrat und Parlament vor 20 Jahren die Gefährlichkeit von Cannabis überschätzt hätten. Sie anerkennen weiter auch in ihrem neuesten Entscheid, dass die Gefahren des Cannabis «in verschiedener Hinsicht sogar hinter jenen des Alkohols» zurückblieben. BaZ, 19.8.94

REFLEXE

Die Gruppierung «**Hanf Plus**» mag nicht darauf warten, bis das Bundesgericht eventuell eines Tages doch noch eine Praxisänderung gegenüber Cannabisprodukten durchsetzt. Die Interessengemeinschaft ersucht den **Bundesrat** um die **Bewilligung**, im nächsten Frühjahr auf zehn Hektaren Hanfsorten anbauen zu dürfen, die einen hohen Anteil des psychoaktiven Wirkstoffes THC (Tetra-Hydro-Cannabinol) enthalten.

Es sei nicht einzusehen, dass der Bund grossangelegte Versuche mit Heroin mache, gleichzeitig

aber die Haschisch-Prohibition weiterziehe. «Hanf Plus» erwartet im Falle einer Bewilligung im Herbst 1995 eine Ernte von einer Tonne erstklassigem Haschisch und zwei Tonnen Marihuana. Dieses will die Gruppierung unter wissenschaftlicher Überwachung an 2000 bis 3000 «langjährige, unverbesserliche Konsumenten und Konsumentinnen» verkaufen. Die Kiffer müssten volljährig, in der Schweiz wohnhaft und voll handlungsfähig sein. Pro Person würden höchstens 30 Gramm pro Monat abgegeben. LNN, 28.9.94

REFLEXE

Für die US-amerikanische Firma «**Swiss Hamp Trading Company**» scheint der Anbau von Hanf in der Schweiz aus anderen Gründen lohnend. Die Firma gründete in Lausanne eine Filiale und suchte per Inserat Parzellen zum Anbau von Hanf mit einem minimalen THC-Gehalt. Nachdem in diesem Jahr bereits 10 Betriebe für die Firma produzierten, rechnen die Verantwortlichen aufgrund der 200 Antworten von interessierten Bauern für 1995 mit einer Gesamtanbaufläche von 250 Hektaren. Da in den USA jeglicher Hanfanbau verboten ist, sind vor allem US-amerikanische Firmen an der Ernte interessiert. Sie haben die Pflanze als vielseitige Rohstoff-Lieferant entdeckt zur Produktion von Textilien, Baumaterialien, Farben, Speiseölen, Heilmitteln, Mehl oder Tee. Ausser in der Schweiz wird vor allem in Frankreich Hanf angebaut (1994: 4000 Hektaren). Basellandschaftliche Zeitung, 28.09.94

REFLEXE

Keinerlei Hanfanbau wird nachwievor auf den **Philippinen** geduldet. Das dortige Parlament hatte im Januar 1994 der Wiedereinführung der **Todesstrafe für Drogenbesitz** ab 700 Gramm zugestimmt, was bis heute 4 Einheimischen das Leben kostete. Ernsthaft von dieser drakonischen Massnahme bedroht sind der 31jährige Berner **Remo Dalla Corte** und der 46jährige deutsche Helmut Herbst, in deren Zimmer auf der Insel Mindoro 45 Kilogramm Haschisch gefunden worden waren.

Die beiden Angeklagten beteu-

ern, die Drogen seien durch den inzwischen untergetauchten Vermieter des Hauses in ihrem Zimmer versteckt worden. Die Chancen, einer Verurteilung zu entgehen, stehen aber nicht sehr gut. Ein Grund dafür ist der Vorwurf an die Justizbehörden, 11 indische Drogenhändler seien durch ihr Syndikat freigekauft worden. Der Justizminister wies diese Bestechungsvorwürfe von sich und erklärte die Absicht, an Dalla Corte und Herbst ein Exempel zu statuieren.

Sonntags-Zeitung, 11.9.94

REFLEXE

Schon mehrfach unter Beweis gestellt hat **Singapur** seine Unerbittlichkeit gegenüber DrogenhändlerInnen. Der 59jährige **Holländer Johannes van Damme** war jedoch der erste Weisse, der in dem südostasiatischen Stadtstaat wegen Drogendelikten durch die Todesstrafe ums Leben kam. Van Damme war am internationalen Flughafen von Singapur mit 4,32 Kilo Heroin im doppelten Boden seines Koffers festgenommen worden. Er erklärte, das Gepäcksstück von einem nigerianischen Bekannten erhalten zu haben. Im Rahmen des letzten Gnadengesuches gab das niederländische Aussenministerium bekannt, der Verurteilte hätte Beziehungen zum holländischen Geheimdienst. Dies nährte die Gerüchte, van Damme sei in eine Falle der nigerianischen Drogen- und Öl-Mafia gegangen, über die er Informationen weitergegeben haben soll.

Ein hoher Richter aus Malaysia, wo auch schon westliche Drogendealer hingerichtet worden waren, bezeichnete den moralischen Aufschrei aus Europa über die Hinrichtung als scheinheilig. Erst als es einen Europäer traf, seien die Menschenrechte bemüht worden und grosse Schlagzeilen in den Medien erschienen. Diverse Tageszeitungen

REFLEXE

In **Bolivien** konzentriert sich die Regierung unter Mithilfe der US-amerikanischen Drogenbehörde DEA in erster Linie auf die Bekämpfung der Koka-Plantagen. In den Sommermonaten militarisierter La Paz das Hauptanbaugbiet um Chapare mit 2000 Soldaten und Drogenpolizisten. Tau-

sende Campesino-Familien wurden vertrieben und ihre Pflanzungen vergiftet und niedergewalzt. Im Gebiet von Chapare hatten sich seit dem Kollaps des Zinnbergbaus im Jahre 1985 Zehntausende von arbeitslosen Kumpels niedergelassen und mit der Pflanzung von Kokasträuchern ihren Lebensunterhalt bestritten. Dass diese Beschäftigung die einzige Möglichkeit zur Sicherung der Existenz darstellt, bewiesen die Bauern mit ihrer Hartnäckigkeit, mit der sie gegen die Massnahmen ihrer Regierung protestierten. Über 600 Kilometer legten sie auf ihrem Weg in die Hauptstadt La Paz zu Fuss zurück, nachdem sie sich im August zu diesem Protestmarsch versammelt hatten.

Polizei und Militär beschossen den Zug aus Helikoptern mehrfach mit Tränengasbomben und versuchten so die Demonstration zu verhindern, doch die auseinandergetriebenen Campesinos marschierten auf Schleichwegen weiter und versammelten sich in La Paz zu einer 2000 Personen starken Demo, die von Militär und Polizei mit martialischen Mitteln auseinandergetrieben wurde.

Unterdessen hat sich der Dachverband der bolivianischen Gewerkschaften den Campesinos angenommen und drohte mit landesweiten Streiks falls die Regierung ihre Politik gegen die Kokabauern nicht ändert. TA, 14.9.94

REFLEXE

Ob **Marion Barry** mithelfen würde, die bolivianischen Kokabauern zu bekämpfen, wenn er Präsident der USA wäre, steht nicht zur Debatte. Barry bewirbt sich nicht als Präsidentschaftskandidat der Demokraten, sondern für das Amt des **Bürgermeisters** der Hauptstadt **Washington** – und das ist erstaunlich genug.

Vier Jahre ist es her, seit die Bilder um die Welt gingen, die von einer versteckten Polizeikamera aufgenommen worden waren und den damals seit 12 Jahren amtierenden Bürgermeister **Marion Barry** beim Crack-Rauchen zeigten.

Barry wurde seines Amtes enthoben, für sechs Monate eingesperrt und brachte eine Drogen- und Alkoholentziehungskur hinter sich; dann begann er sich mit dem Wiederaufbau seiner scheinbar endgültig zerstörten politischen Karriere zu befassen. Schon 1992 wurde er als Vertreter des ärmsten Quartiers in den Stadtrat gewählt, und diesen Herbst hat er gute Chancen von den Demokraten als Nachfolger für seine erfolgreiche Parteikollegin **Sharon Pratt Kelly** für die Bürgermeisterwahl im November nominiert zu werden.

LNN, 13.9.94

REFLEXE

Wenn sich manche wundern mögen, dass ein Crackraucher relativ erfolgreich sein Bürgermeisteramt ausüben konnte, fallen in den hiesigen Gefilden drogenkonsumierende Politiker weit weniger aus dem Rahmen. So durfte der Münchner Oberbürgermeister **Christian Ude** sogar völlig legal Zehntausende zum Drogenkonsum animieren. Er tat dies mit dem Ruf «**Ozapft is**» nachdem er das erste Bierfass des heurigen **Münchner Oktoberfestes** angezapft und somit das traditionelle Signal zur Lancierung der alljährlichen Bierschwemme gegeben hatte. LNN, 19.9.94

REFLEXE

Welche Auswirkungen das Münchner Oktoberfest hinsichtlich der Ansteckung mit dem HIV-Virus hat, ist nicht bekannt. Wenn die

Aussagen einer **Studie des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin** der Universität Zürich jedoch auf die Population des Oktoberfestes übertragbar sind, sieht es nicht allzu gut aus. In einer Längsschnittuntersuchung bezüglich Alkoholkonsum und

Sexualkontakten an rund 750 Personen fanden die WissenschaftlerInnen heraus, dass nach schwerem Alkoholkonsum nur 12% der Befragten Präservative benutzt oder deren Gebrauch von ihrem Partner verlangt hatten. TA, 30.8.94 ■

Inserat

Du bist daran gewöhnt, selbständig zu arbeiten und Verantwortung zu übernehmen.

Darüber hinaus bist Du sensibel, teamfähig und hast eine abgeschlossene Ausbildung als

Sozialpädagogin

und verfügst zudem über den Fahrausweis Kat. B

Der Verein **DIE ALTERNATIVE** betreibt suchttherapeutische Institutionen. Für unsere sozialtherapeutische Gemeinschaft **ULMENHOF in Ottenbach** suchen wir per sofort oder nach Vereinbarung zwei starke Persönlichkeiten, die sich in der Klientenbegleitung (Eltern mit ihren Kindern) im stationären Bereich engagieren möchten.

Wenn Du Interesse an einer 80%- resp. 100%-Stelle hast, dann freuen wir uns auf Deine Bewerbung mit den üblichen Unterlagen.

ULMENHOF

Sozialtherapeutische Gemeinschaft, z.Hd. Frau Carol Buess, Affolternstr. 40, 8913 Ottenbach, Tel.: 01 / 761 25 77